



**ÄRGERNIS
DER WOCHE**

VON REINER HOLZNAGEL

Abzweigen von Beiträgen

Die Beitragseinnahmen der Arbeitslosenversicherung steigen und steigen. Die damit einhergehenden Milliardenüberschüsse muss die Bundesagentur für Arbeit in eine Rücklage packen, um für Krisenzeiten gewappnet zu sein. Das ist der Wunsch der Politik, die 20 Milliarden Euro Rücklage als Zielmarke vorgibt. Erst wenn diese Summe erreicht ist, darf der seit 2011 unverändert hohe Beitragssatz von drei Prozent sinken. Doch die Rücklage verharrt bei rund 17 Milliarden Euro. Deshalb plant das zuständige Bundesarbeitsministerium frühestens Anfang 2019 eine Senkung des Beitragssatzes und dann auch nur auf 2,7 Prozent.

Diese Politik ärgert mich maßlos. Wer sich die Rücklagenstrategie der Bundesagentur genauer ansieht, muss nämlich feststellen, dass den Beitragszahlern überfällige Entlastungen bewusst vorenthalten werden. Derzeit nutzt die Bundesagentur die Beitragsschwemme für eigene Zwecke, konkret den hauseigenen Pensionsfonds. Obwohl dieser gut ausgestattet ist, werden ihm seit 2017 unverhältnismäßig hohe Sonderzuführungen gegönnt, allein zwei Milliarden Euro im ersten Halbjahr 2018 – und das mit Rückendeckung der Bundesregierung.

Dieses Abzweigen von Beitragsmitteln erklärt, warum die Krisenrücklage offiziell noch keine 20 Milliarden Euro erreicht hat und die Politik eine Beitragssenkung blockiert. Doch beide Rücklagen dienen der Bundesagentur als Absicherung, wenn es finanziell mal schlechter läuft. Und beide Rücklagen zusammen haben die 20 Milliarden längst geknackt. Aus meiner Sicht werden die Beitragszahler geprellt, wenn die Entlastung nicht unverzüglich kommt und zwar mit einer Senkung auf mindestens 2,5 Prozent. Und das Gute dabei: In der Arbeitslosenversicherung müsste dann keine einzige Leistung gekürzt werden, und dennoch wären Überschüsse garantiert.

REINER HOLZNAGEL ist Präsident des Bundes der Steuerzahler und schreibt wöchentlich für Euro am Sonntag